

„Am Ende zahlen die Steuerzahler“

Atommüll Die Verzögerung der Endlagersuche könnte dazu führen, dass das Geld nicht ausreicht. Dabei ist selbst die neue Zeitplanung nicht belastbar, warnt die Aufsichtsbehörde. *Von Igor Steinle*

Eigentlich wollte Deutschland bis 2031 ein Endlager gefunden haben. Doch dieser Termin ist nicht mehr zu halten. Der Chef der Aufsichtsbehörde Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wolfram König, über die Folgen der Verzögerung.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sagt, dass frühestens 2046 ein Endlager gefunden wird, schlimmstenfalls 2068. Warum?
Wolfram König: Die Aufgabe der sicheren Endlagerung ist über Jahrzehnte hinweg kleingeredet und unterschätzt worden. Insbesondere die BGE steht mit den Anforderungen des Standortauswahlverfahrens vor einem hochkomplexen Arbeitsprogramm. Dass das Unternehmen in einem ersten Schritt mehr als 50 Prozent der Fläche Deutschlands als geologisch potenziell geeignet ausgewiesen hat, führt in der Folge zu einem zeitaufwendigen Arbeitsprogramm.

An diesem Wochenende findet das zweite Forum Endlagersuche statt. Wie sinnvoll ist es, die Öffentlichkeit zu beteiligen, wenn wer heute geboren wird, das fertige Endlager gar nicht mehr erleben könnte?

Beteiligung ist kein Selbstzweck, sondern soll frühzeitig die Fragen, aber auch das Wissen der Interessierten in die Standortsuche integrieren. Das macht jedoch nur dann einen Sinn, wenn die Beteiligung an die einzelnen Etappenziele gekoppelt ist und sich nicht in theoretischen Debatten erschöpft. Zeitverbrauch kann sich aber auch auf die Sicherheit auswirken, da der hochgefährliche Abfall solange in oberirdischen Lagerhallen verbleiben muss. Auch aus diesem Grund muss meines Erachtens die Suche gestrafft werden, um schneller zum Ziel zu kommen.

Reicht das Geld dann noch?

Nicht zuletzt besteht beim Ausfüllen des Zeitbedarfs bis zu einem betriebsbereiten Endlager in Deutschland die Gefahr, dass der Atomfonds nicht ausreicht, in den die Kraftwerksbetreiber als Abfallverursacher 24 Milliarden



Bisher ist Schacht Konrad das einzige Atomendlager in Deutschland, allerdings für schwach strahlende Abfälle.

Foto: Ole Spata/dpa

Euro eingezahlt haben. Das Geld wird für Zwischenlager- und Verfahrenskosten aufgebraucht, sodass am Ende der Steuerzahler für die Endlagerung aufkommen muss.

Wie kann man das beschleunigen?

Das A und O ist natürlich, dass die BGE die potenziell geeigneten Gebiete auf sehr wenige weiter zu untersuchende Flächen eingrenzt. Insgesamt ist aber auch die Komplexität des gesamten weiteren Verfahrens zu hinterfragen. Die Fachleute meiner Behörde haben den Zeitplan der BGE analysiert und mussten leider feststellen, dass die Annahmen darin noch nicht belastbar sind. Es fehlen wesentliche Schritte, die das Endlagergesetz vorgibt, zum Beispiel bei der Beteiligung und beim Gesetzgebungsverfahren.

Es würde realistisch betrachtet also noch länger dauern?

Ja, das ist das Ergebnis unserer Bewertung. Deshalb plädiere ich eindringlich dafür, sich das von der BGE genannte Jahr 2046 als Benchmark zu setzen und alle

Zur Person



Wolfram König (65) ist seit 2016 Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Zuvor war der Diplom-Ingenieur für Architektur und Stadtentwicklung von 1999 an Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz. Von 1994 bis 1998 war er Umweltstaatssekretär unter einer rot-grünen Landesregierung in Sachsen-Anhalt.

weiteren notwendigen Schritte hieran zu prüfen.

Befürchten Sie, dass es am Ende wieder Proteste wie in Gorleben gibt?

Von Protesten müssen wir weiterhin ausgehen. Im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomenergie haben wir in Deutschland eine ganz besondere Geschichte. Meine Hoffnung ist aber auch, dass mit dem Generationswechsel und dem Abschalten der Reaktoren die verbleibenden Aufgaben nüchterner angegangen werden können. Und dass durch das Auswahlverfahren, bei dem die Geologie das Hauptkriterium ist, die Sicherheit eines Standortes am Ende überzeugend dargestellt werden kann. Sodass die Region, auf die es am Ende zuläuft, zwar nicht begeistert sein wird, aber nachvollziehen kann, warum ihre

Geologie uns alle am besten schützt.

Vor allem Bayern tut sich schwer, das Kristallingestein sei ungeeignet, heißt es dort.

Das Auswahlverfahren lebt davon, dass die Fehler von Gorleben nicht wiederholt werden. Politische Entscheidungen sollen auf Basis von fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen fallen. Wenn es so ist, wie Bayern sagt, dann kann die Staatsregierung ja gelassen die ausstehenden Untersuchungen im Auswahlverfahren abwarten. Ich weise aber darauf hin, dass Finnland und Schweden ihre Endlager nach internationalen Sicherheitsstandards in Kristallingestein bauen. Wir haben aber zum Glück zwei weitere Gesteinsformationen, die grundsätzlich für ein Endlager infrage kommen.

Sánchez bleibt an der Macht

Spanien Der amtierende Premier verteidigt seinen Posten. Möglich gemacht hat das erst ein Deal mit separatistischen Kräften.

Madrid. Der Sozialist Pedro Sánchez ist in Spanien für weitere vier Jahre im Amt des Ministerpräsidenten bestätigt worden – nach monatelangen Verhandlungen und einem heiklen Deal. Das Unterhaus in Madrid stimmte knapp vier Monate nach der Neuwahl des Parlaments mit 179 zu 171 Stimmen für eine Fortsetzung der linken Regierung.

Dass der 51-Jährige, der bereits seit Mitte 2018 regiert, dies nur durch Zugeständnisse und Versprechungen für zum Teil äußerst umstrittene Regionalparteien aus Katalonien, dem Baskenland und Galicien schaffte, lässt seinen Rivalen die Haare zu Berge stehen. Glaubt man der konservativen Opposition, dann hat in der viertgrößten Volkswirtschaft der EU eine „Diktatur“ der Linken und der Separatisten begonnen. Oppositionsführer Alberto Núñez Feijóo, der der Volkspartei PP angehört, unkte in der Debatte vor der Abstimmung über die Kandidatur von Sánchez, der Rechtsstaat, die Demokratie und die Einheit des Landes seien gefährdet.

Weitreichende Zugeständnisse

Das sind schwere Geschütze: Was hat Sánchez gemacht? Er hat den beiden im Parlament vertretenen separatistischen Parteien Kataloniens, der linken ERC und der liberalen Junts, neben einem Schuldenerlass von 15 Milliarden Euro und weiteren Zugeständnissen auch eine Amnestie für alle nach Unabhängigkeit strebenden „Catalanistas“ zugesichert, die zwischen 2012 und 2023 mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Das sind nach dem diese Woche im Parlament eingebrachten Gesetzentwurf mehr als 200 – darunter auch Carles Puigdemont, der als katalanischer Präsident den gescheiterten Abspaltungsversuch vom Herbst 2017 anführte. Er lebt nach einer Flucht aus Spanien in Belgien im Exil.

Sánchez versprach in der Parlamentsdebatte vier weitere Jahre des „Fortschritts und des friedlichen Zusammenlebens“. Fortschritt vielleicht, aber Frieden kann Sánchez den circa 48 Millionen Bürgern nicht garantieren. Schon für Samstag hat die PP zu einem neuen Protest gegen Amnestie und die linke Regierung in Madrid aufgerufen.

dpa

Telefonische Krankschreibung wohl erst 2024 wieder

Gesundheit Die Corona-Sonderregelung fand viel Anklang. Jetzt wird an einer dauerhaften Lösung gearbeitet.

Berlin. Sich bei einer leichten Atemwegserkrankung telefonisch krankschreiben zu lassen, ohne sich in eine volle Arztpraxis setzen zu müssen, war in der Pandemie eingeführt worden – und fand viel Anklang bei Patienten und Hausärzten. Das Ganze galt für maximal sieben Tage Arbeitsunfähigkeit. Kurz nachdem die Regel Ende März ausgelaufen war, kündigte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) an, die telefonische Krankschreibung dauerhaft installieren zu wollen.

Das aber zieht sich hin. Weil aktuell die Zahl der kranken Ar-

beitnehmer steigt, hatten gerade die Gesundheitsminister der Länder den Bund gebeten, „kurzfristig darauf hinzuwirken“, dass die Corona-Sonderregelung „für diesen Herbst und Winter Übergangsweise wiedereingeführt wird“. Dies solle „insbesondere der akuten Entlastung der Hausarztpraxen dienen“. Daraus aber wird nun nichts. Das Bundesgesundheitsministerium teilte auf Anfrage mit, diese Sonderregelung habe sich mit dem epidemischen Ausbruchsgeschehen rechtfertigen lassen. Eine vergleichbare Ausnahme-situation,

„die gegebenenfalls eine Wiedereinführung der ‚Corona-Sonderregelungen‘ erfordern könnte, lässt sich aktuell nicht erkennen“, so Sprecher Hanno Kautz. Stattdessen sei der Gemeinsame Bundesausschuss (GB-A), in dem Vertreter von Krankenkassen, Kliniken und Ärzte sitzen und der bei Corona die telefonische Krankschreibung eingeführt und mehrfach verlängert hatte, gebeten worden, eine dauerhafte Regelung zu finden.

Dabei soll es nicht nur um Arbeitsunfähigkeit bei leichten Atemwegserkrankungen, sondern

generell um Erkrankungen ohne schwere Symptomatik gehen, aber nur bei Patienten, die in der jeweiligen Arztpraxis bekannt sind. Auch die maximal mögliche Gültigkeit einer telefonischen Krankschreibung muss geklärt werden. Für diese Regelung sei, so Kautz, „besondere Sorgfalt erforderlich“. Das dauere seine Zeit.

„Das schafft Klarheit“

Auch der Spitzenverband der 96 gesetzlichen Krankenkassen beauftragte die grundsätzliche Entscheidung. „Das schafft Klarheit und verhindert ein saisonales Hin-

und Her“, so Sprecher Helge Dickau. Der GB-A wiederum verweist auf das kommende Jahr. Mitte Januar 2024 wolle man den entsprechenden Beschluss zur telefonischen Krankschreibung fassen, so Sprecherin Gudrun Köster. Anschließend wird der Beschluss noch vom Bundesgesundheitsministerium geprüft – wofür das Ministerium in der Regel zwei Monate benötige. Damit dürfte die „telefonische Feststellung von Arbeitsunfähigkeit“ erst nach der aktuellen Infektionswelle wiederkehren, wohl im kommenden März.

Hajo Zenker



FOTO: EDUARDO PARRA/EUROPA PRESS/DPA

bleibt Spaniens Premier: Pedro Sánchez. Er verspricht „vier weitere Jahre Fortschritt“.

Iran Anwältin ist gegen Kaution frei

Teheran. Die iranische Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh ist aus dem berüchtigten Ewin-Gefängnis entlassen worden. Das teilte die Nichtregierungsorganisation Center for Human Rights in Iran auf der Online-Plattform X mit. Wie Sotoudehs Mann Resa Chandan auf X schrieb, erfolgte ihre Freilassung gegen Kaution und vor einem Gerichtstermin. Die 60-Jährige gilt als eine der einflussreichsten Anwältinnen im Iran. 2020 erhielt sie den Alternativen Nobelpreis.

dpa

POLITISCHES BUCH

Pragmatische Politik als bessere Alternative

Der 2007 verstorbene Philosoph Richard Rorty hat 1996 an der katalanischen Universität in Girona eine Vorlesungsreihe gehalten, in der er die Grundzüge seines politischen Denkens zusammenfasste. Dabei warnte er vor dem Irrglauben, eine Gesellschaft sei dann auf dem richtigen Weg, wenn sie sich nur an vermeintlich universell gültigen Werten und moralischen Vorstellungen orientiere. Dieses Streben vor allem liberaler Demokratien sei falsch, konstatierte der amerikanische Gelehrte. Praktische Politik solle sich weniger an ideellen als an sozialen Fragen ausrichten.

Die jetzt erstmals auf Deutsch veröffentlichten Studien Rortys führen direkt hinein in eine höchst aktuelle Debatte. Ist es legitim und sinnvoll, wenn „der Westen“ in den herrschenden Konflikten um Klimaschutz, Verteilung und Gerechtigkeit in oft belehrender Form etwa den globalen Süden von der Unterlegenheit seiner Gesellschafts- und Wirtschaftsvorstellungen zu überzeugen versucht? Rortys Antwort ist ein klares Nein. Die „Rechtfertigungspraktiken“ liberaler Systeme müssten statt von ideologischen Maßstäben von Offenheit, Ehrlichkeit, Geduld und Inklusivität ge-

prägt sein. Rorty empfahl Pragmatismus als Rezept gegen alle populistischen und autoritären Bestrebungen. Insofern erweist sich das Politikmodell der beiden Superpragmatiker Angela Merkel (CDU) und Olaf Scholz (SPD) für Deutschland als mindestens erfolgversprechend.



Richard Rorty: Pragmatismus als Antiautoritarismus. Suhrkamp Verlag, Berlin 2023. 454 Seiten. 34 Euro.

Großbritannien Sunak: Halten an Ruanda-Plan fest

London. Trotz einer erneuten Niederlage vor Gericht hält die britische Regierung an ihren Plänen fest, Migranten nach Ruanda abzuschicken. Premier Rishi Sunak kündigte an, ein neues Abkommen mit Ruanda auf den Weg bringen und den ostafrikanischen Staat per Eilgesetz zum sicheren Land erklären lassen zu wollen. Der Oberste Gerichtshof hatte am Mittwoch das Urteil des Berufungsgerichtes, wonach Ruanda kein sicherer Drittstaat ist, bestätigt.

dpa

Argentinien Enges Rennen um Präsidentenamt

Buenos Aires. Am Sonntag wird sich entscheiden, ob in Argentinien der moderate Peronist Sergio Massa (51) oder der ultraliberale Rechtsextremist Javier Milei (53) im Dezember Präsident wird. Umfragen zufolge ist mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zu rechnen. Im ersten Wahlgang am 22. Oktober hatte sich Massa mit 36,7 Prozent gegen Milei (30 Prozent) durchgesetzt – obwohl er als Wirtschaftsminister eine Inflation von 143 Prozent mitzuverantworten hat.

epd